



CVP Kanton Schwyz
www.cvpsz.ch

Departement des Innern
des Kantons Schwyz
Herr Regierungsrat Armin Hüppin
Postfach 2160
6431 Schwyz

Goldau / Wollerau, den 19. Januar 2010

Vernehmlassung zur Neuordnung der Pflegefinanzierung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass wir im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Neuordnung der Pflegefinanzierung Stellung nehmen dürfen.

I. Allgemeine Bemerkungen

Die Neuordnung der Pflegefinanzierung ist eine Finanzvorlage, in der vor allem die Bereiche Spitex und Einrichtungen für Betagte und Pflegebedürftige neu geordnet werden. Im Bereich der Übergangspflege wird vom Kanton die Bundeslösung übernommen.

Zu begrüssen ist vorerst, dass durch Pflegeheimaufenthalte keine Sozialhilfeabhängigkeit mehr entsteht. Wie auch diese Vorlage zeigt, ist das Gesundheitswesen heute eine Verbundaufgabe, in der pflegende Angehörige, Ärzte, Spitex, Alters- und Pflegeheime sowie Spitäler auf der „Versorgungsseite“ eine Rolle spielen. In dieser Verbundaufgabe sind zum Wohle der Patienten wie auch zur effizienten Erbringung der Dienstleistung möglichst optimale Lösungen anzustreben. Wie der Erläuterungsbericht des Departements des Innern zeigt, bringt die Neuordnung der Pflegefinanzierung vor allem Mehraufwendungen für die öffentliche Hand, sei es nun im Rahmen der Ergänzungsleistungen, beim Kanton oder den Gemeinden. Eine Kasse zahlt es sowieso: Deshalb ist es der CVP ein Anliegen, dass Lösungen nicht mit Blick auf die „Zahlstelle“ gesucht werden, sondern die Aufgaben dort angesiedelt werden, wo es am meisten Sinn macht.

Gerade unter diesem Blickwinkel ist es fraglich, dass laut den Ausführungen des Departements des Inneren vor den Behördenvertretern die Spitäler bei der Akut- und Übergangspflege keine Funktion übernehmen sollen (vgl. Foliensatz zur Vorlage vom Depar-

tement des Innern vom 9.12.2009, S. 37). Die Aussagen im Vernehmlassungsbericht (Abschnitt 4.4.3) sowie die Überlegung, die Akut- und Übergangspflege in der Spitalverordnung zu verankern, können wiederum anders interpretiert werden. Hier erwartet die CVP eine klare Stellungnahme von Seiten des Regierungsrates, wobei die Spitäler nicht grundsätzlich von dieser Aufgabe ausgeschlossen werden sollten.

Obwohl „nur“ als Finanzvorlage daherkommend, haben die Änderungen weitreichende Auswirkungen. Der Regierungsrat erhält mit den Erlassen Kompetenzen, über die er bis anhin nicht verfügte. So wird er neu die anrechenbaren Höchsttaxen in den Alters- und Pflegeheimen genauso festlegen können wie die Tarifierung in der Hauskrankenpflege (Spitex). Damit wirkt er in Bereichen, die bis anhin im Kompetenzbereich der einzelnen Organisationen oder der Krankenversicherer lagen. Es wird dem Regierungsrat jetzt schon nahe gelegt, bei der Festsetzung dieser Taxen jeweils eng mit den entsprechenden Fachgremien zusammen zu arbeiten.

Mit Blick auf die vorgesehene Kostenteilung zwischen Kanton und Gemeinden erstaunt, dass das Departement des Innern im Rahmen der stationären Langzeitpflege den kantonalen Finanzausgleich ins Spiel bringt. So, wie die Vorlage unter 4.2.5 von uns verstanden wird, würden die Kosten der Langzeitpflege „allenfalls“ ein Element des Finanzausgleichs. Dies ist zu hinterfragen. Nicht nur, weil damit ein Bereich tangiert würde, der heute – so wie wir es sehen – kein Element des Finanzausgleichs ist. Auch die Wirkung dürfte sehr begrenzt sein. Aufgrund des gewählten Kostenteilers nach Einwohnern tragen nämlich die mittelgrossen bis grossen Gemeinden einen wesentlichen Anteil an den Kosten. Mit dem Finanzausgleich werden aber gerade die grossen, finanziell gut, aber nicht blendend dastehenden Gemeinden nicht entlastet. Der Regierungsrat wird gebeten, in diesem Punkt vor den Beratungen im Kantonsrat Klarheit zu schaffen.

Beim nun vorliegenden Pflegefinanzierungsentwurf werden Spitexpatienten **neu deutlich höher belastet und Heimbewohner deutlich entlastet**. Die CVP ist wie erwähnt der Meinung, **dass der Grundsatz „ambulante vor stationärer Pflege“, der bisher immer propagiert wurde, auch in Zukunft aufrechterhalten werden soll**.

Mit diesem Grundsatz sollten nach Ansicht der CVP die Spitexpatienten nicht viel mehr bezahlen als bisher. Dadurch müssten die Gemeinden weiterhin einen höheren Anteil an den Spitexleistungen übernehmen. Damit die Gemeinden nicht allzu stark belastet werden, wäre eine Beteiligung des Kantons bei den Langzeitpflegepatienten notwendig.

Mit Blick auf die erwähnte Kompetenzerweiterung des Regierungsrates ist die CVP der Ansicht, dass überall, wo der Kanton Bestimmungen erlässt, er auch die Kostenkontrolle übernehmen muss. Spitexorganisationen und private Anbieter müssen mit gleichen Ellen gemessen werden, so darf z. B. die öffentliche Spitex niemanden abweisen. Private Anbieter sind von solchen Auflagen weniger betroffen und haben in der Regel viel tiefere Infrastrukturkosten.

Wie aus oben gemachten Ausführungen hervorgeht, werden die auf den Rahmenerlassen festzulegenden Bestimmungen sowie die Entscheide, wer die Übergangspflege im Kanton Schwyz zu vollziehen hat, weitreichende Auswirkungen haben. Der Regierungsrat wird aufgefordert, hier möglichst vor den Parlamentsberatungen Klarheit zu schaffen.

II. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Wir äussern uns im Folgenden nur zu jenen Bestimmungen, die wir ergänzt beziehungsweise geändert haben möchten:

a) Gesetz über EL, AHV und IV vom 28. März 2007

§ 5 Abs. 2 und 3

- 2) Der Regierungsrat **legt** im Rahmen ... **fest**
- 3) Er **legt** für bestimmte Pflegeangebote ... **fest**

Begründung: Die CVP ist der Meinung, dass dieser Paragraph verbindlicher formuliert werden muss.

b) Gesetz über soziale Einrichtungen vom 28. März 2007

§ 19a (neu) b) Finanzierung und Pflegeleistungen

- 1) Soweit Pflegekosten in Alters- und Pflegeheimen nicht durch die versicherte Person oder durch gesetzliche Verpflichtungen Dritter gedeckt werden, tragen **der Kanton und die Gemeinden** diese Aufwendungen.

Begründung: Spitexpatienten sollen gegenüber den Heimbewohnern nicht benachteiligt werden. Damit diese Forderung umgesetzt werden kann, müssen die Gemeinden höhere Kostenanteile der Spitex übernehmen. Das wiederum bedingt, dass der Kanton sich an den Langzeitpflegekosten beteiligt, sonst wird die finanzielle Belastung der Gemeinden zu gross. Diese Forderung fördert den Grundsatz ambulant vor stationär! Dieser Grundsatz entlastet wiederum die EL – und davon profitieren die Gemeinden und der Kanton.

c) Gesundheitsverordnung vom 16. Oktober 2002

§ 15 2. Spitex und Entlastungsdienst

neu: d) Bewilligungs- und Kostenkontrolle

Überall, wo der Kanton Bestimmungen über Kostenbeteiligungen und Taxen erlässt, muss er auch für eine Bewilligung und eine Kostenkontrolle besorgt sein.

Begründung: Spitexorganisationen und private Anbieter haben unterschiedliche Voraussetzungen und diese müssen berücksichtigt werden, damit keine Ungerechtigkeiten entstehen.

d) Spitalverordnung vom 22. Oktober 2003

§ 29 Leistungserbringer

Das Departement des Innern sieht vorab Pflegeheime und die Spitex im Bereich der Übergangspflege aktiv werden. Wie bereits einleitend festgehalten, sieht die CVP auch für die drei Spitäler des Kantons Schwyz hier einen Aufgabenbereich. Wie die Praxis zeigt, gibt es Patientinnen und Patienten, die nach einer Operation im Rahmen der Übergangspflege weder von der Spitex betreut werden können noch in ein Pflegeheim gehören. Dies trifft nicht zuletzt auf jüngere Patientinnen und Patienten zu. Im Vernehmlassungsbericht wird unter 4.4.3 ausgeführt, dass nach dem Spitalaustritt „einzelne Heime oder eine andere Institution“ beauftragt werden, die Leistungen zu erbringen. Damit wird schon angedeutet, dass nicht jedes Pflegeheim inskünftig auch Akut- und Übergangspflege anbieten soll. Das ist zu begrüssen. Wer diese „anderen Institutionen“ sein könnten, bleibt unklar.

Aus Sicht der CVP ist nochmals ernsthaft in Erwägung zu ziehen, mit Blick auf eine effiziente und effektive Erbringung dieser Leistungen die Spitäler ebenfalls in das Konzept der Akut- und Übergangspflege mit einzubeziehen. Dies muss die Pflegeheime nicht a priori komplett ausschliessen.

III. Schlussfolgerungen

Die CVP begrüsst im Grundsatz die Ziele, die in der Vernehmlassungsvorlage angestrebt werden, und wird in der Kommissionsarbeit aktiv mitarbeiten.

Für die uns gebotene Möglichkeit der Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Änderungswünsche und Anregungen möchten wir uns im Voraus bei Ihnen bedanken.

Mit freundlichen Grüssen

CVP Kanton Schwyz

Stefan Aschwanden
Präsident

Andreas Meyerhans
Fraktionschef